

URGENT ACTION

SORGE UM SEIT 2018 VERMISSTE UIGURIN

CHINA

UA-Nr: **UA-088/2020** AI-Index: **ASA 17/2401/2020** Datum: **27. Mai 2020** – dm

GULSHAN ABBAS

Seit dem 10. September 2018 fehlt von der pensionierten Ärztin Gulshan Abbas jede Spur. Da sie an mehreren chronischen Krankheiten leidet, die regelmäßig überwacht und behandelt werden müssen, besteht große Sorge um ihre Gesundheit. Die Familie vermutet, dass Gulshan Abbas möglicherweise in eine „Einrichtung für Transformation durch Erziehung“ gebracht wurde. Eine offizielle Bestätigung seitens der chinesischen Regierung gab es bisher nicht dazu.

Gulshan Abbas (古丽先·阿巴斯) ist eine uigurische Ärztin, die vor ihrer Pensionierung im Oil Field Company MingYuan Workers-Krankenhaus in Ürümqi, der Hauptstadt der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang in der Volksrepublik China, arbeitete. Aus gesundheitlichen Gründen ging sie vorzeitig in den Ruhestand. Sie wurde am 10. September 2018 das letzte Mal in Ürümqi gesehen, seither fehlt jede Spur von ihr.

Verwandte von Gulshan Abbas sagten der Familie der Ärztin Ende 2018, dass die Vermisste „studieren“ würde. Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass Gulshan Abbas in eine sogenannte „Einrichtung für Transformation durch Erziehung“ gebracht wurde. Mehr als 20 Monate später hat die Familie von offizieller Seite immer noch keine Informationen über den Verbleib von Gulshan Abbas erhalten.

Gulshan Abbas wurde an beiden Augen operiert und leidet an einer Reihe chronischer Krankheiten wie Bluthochdruck, Rückenschmerzen und schwerer Migräne. Aus diesem Grund ist es äußerst wichtig, dass sie regelmäßig die notwendige medizinische Versorgung erhält.

Rushan Abbas, die Schwester der Vermissten, lebt in den USA und setzt sich für die Belange der Uigur_innen ein. Die Aktivistin glaubt, das Verschwinden von Gulshan Abbas 2018 hänge mit einer wenige Tage zuvor von ihr gehaltenen Rede über Massenfestnahmen von Uigur_innen in Xinjiang zusammen. Nach diesem Auftritt wurde Rushan Abbas von offiziellen chinesischen Medien angefeindet. Die *Global Times* zum Beispiel beschuldigte sie, eine „Separatistin“ zu sein und Gerüchte über die Festnahme von Uiguer_innen in Xinjiang zu verbreiten. Es wäre nicht das erste Mal, dass Angehörige von Aktivist_innen ins Fadenkreuz geraten: Amnesty International hat bereits mehrere Fälle von Schikanie und Einschüchterung im Ausland lebender Uigur_innen dokumentiert.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Xinjiang gehört zu ethnisch vielfältigsten Regionen Chinas. Mehr als die Hälfte der 22 Millionen Einwohner_innen der Region gehören überwiegend turksprachigen und meist muslimischen ethnischen Gruppen an, darunter Uigur_innen (rund 11,3 Millionen), Kasach_innen (rund 1,6 Millionen) und andere Bevölkerungsgruppen, deren Sprache, Kultur und Lebensweise sich deutlich von denen der Han-Chines_innen unterscheiden, die im „inneren“ Chinas die Bevölkerungsmehrheit bilden.

Im März 2017 erließ die Autonome Region Xinjiang eine Verordnung zur „Entradikalisierung“, die ein breites Spektrum an Handlungen beschreibt und diese als „extremistisch“ verbietet. Dazu zählen unter anderem „Verbreitung von extremistischem Gedankengut“, die Verunglimpfung von staatlichen Radio- oder Fernsehsendern und die Verweigerung, diese zu konsumieren sowie das Tragen von Burkas oder „ungewöhnlichen“ Bärten. Darüber hinaus zählen Widerstand gegen nationale Politik sowie das Publizieren, Herunterladen, Aufbewahren und Lesen von Artikeln oder Publikationen und audiovisuellen Beiträgen mit „extremistischem Inhalt“ zur Liste dieser „extremistischen“ Handlungen. Aufgrund der Verordnung wurde zudem ein „Zuständigkeitssystem“ eingerichtet,

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



mit dem die „Antiextremismus-Arbeit“ der Regierung in verschiedene Bereiche eingeteilt und jährlich überprüft wird.

Es werden schätzungsweise eine Million Uigur_innen, Kasach_innen und Angehörige anderer mehrheitlich muslimischer Bevölkerungsgruppen in sogenannten Einrichtungen für „Transformation durch Erziehung“ festgehalten. Die chinesischen Behörden bestritten bis Oktober 2018 die Existenz dieser „Umerziehungseinrichtungen“. Danach erklärten sie, die Menschen seien freiwillig in diesen Lagern und würden eine Berufsausbildung erhalten. Ziel dieser Einrichtungen sei es, den Menschen eine technische und berufliche Ausbildung zu bieten und ihnen zu ermöglichen, eine Arbeit zu finden und sich zu „nützlichen“ Bürger_innen zu entwickeln. Im Widerspruch zu diesen Erläuterungen stehen allerdings die Berichte von ehemaligen Insass_innen dieser Lager, die Schläge, Nahrungsentzug und Isolationshaft beschreiben.

China ist bisher den Aufforderungen der internationalen Gemeinschaft und auch Amnesty Internationals nicht nachgekommen, unabhängige Expert_innen uneingeschränkt nach Xinjiang einreisen zu lassen. Stattdessen versucht die chinesische Regierung, kritische Stimmen zu unterdrücken, indem sie sorgfältig ausgewählte Delegationen aus verschiedenen Ländern zu streng durchgeplanten und überwachten Besuchen nach Xinjiang einlädt.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte sorgen Sie dafür, dass Gulshan Abbas sofort und bedingungslos freigelassen wird, es sei denn, es liegen ausreichende, glaubwürdige und zulässige Beweise vor, nach denen sie eine international anerkannte Straftat begangen hat, und sie erhält einen Prozess, der internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entspricht.
- Geben Sie bitte unverzüglich den Aufenthaltsort von Gulshan Abbas bekannt und sorgen Sie dafür, dass sie bis zu ihrer Freilassung Zugang zu ihrer Familie und Rechtsbeiständen ihrer Wahl sowie unverzüglich eine angemessene medizinische Versorgung erhält.
- Stellen Sie bitte außerdem sicher, dass sie vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt wird.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

LEITER DER BEHÖRDE FÜR ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IN ÜRÜMQI

Direktor Tao Hongjun
Urumqi Municipal Public Security Bureau
No. 30, Nanhudong Lu, Shuimogou Qu
Urumqi
830017 Xinjiang Uyghur Autonomous Region
VOLKSREPUBLIK CHINA

(Anrede: Dear Director / Sehr geehrter Herr Direktor)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK CHINA

S. E. Herrn Ken Wu
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
Fax: 030-27 58 82 21
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **8. Juli 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to release Gulshan Abbas unless there is sufficient, credible and admissible evidence that she committed an internationally recognized offence and is granted a fair trial in line with international standards;
- Pending her release, please disclose Gulshan Abbas' whereabouts, allow her access to her family, a lawyer of her choice as well as prompt and adequate medical care, as necessary or requested, and ensure she is not subjected to torture and other ill-treatment.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

